Landtag in Kürze

Info-Austausch zu technischen Vorschriften

VADUZ – Der Landtag hat gestern den Bericht und Antrag der Regierung betreffend EWR-Notifikationsgesetz in zweiter Lesung beraten und verabschiedet. Die wenigen in erster Lesung im letzten Novemeber aufgeworfenen Fragen wurden von der Regierung beantwortet.

Das Notifikationsgesetz regelt das Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften gemäss der entsprechenden EG-Richtlinie. Das Informationsverfahren dient der frühzeitigen Information der EWR-Vertragsstaaten, der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) und der Europäischen Kommission über Entwürfe technischer Vorschriften zur Vermeidung von Behinderungen des freien Warenverkehrs, des freien Dienstleistungsverkehrs und der Niederlassungsfreiheit. Unter technischen Vorschriften werden dabei Vorschriften verstanden, die sich auf Erzeugnisse oder Dienste der Informationsgesellschaft beziehen. Zentraler Ansprechpartner in Liechtenstein

in diesem Zusammenhang ist das Amt für Volkswirtschaft. Es ist für die reibungslose Durchführung des Notifikationsverfahrens gemäss Richtlinie verantwortlich. Die wichtigsten Aufgaben hinsichtlich liechtensteinischer Entwürfe sind die Notifikation der Entwürfe technischer Vorschriften und die Weiterleitung der endgültigen Texte von notifizierten Vorschriften.

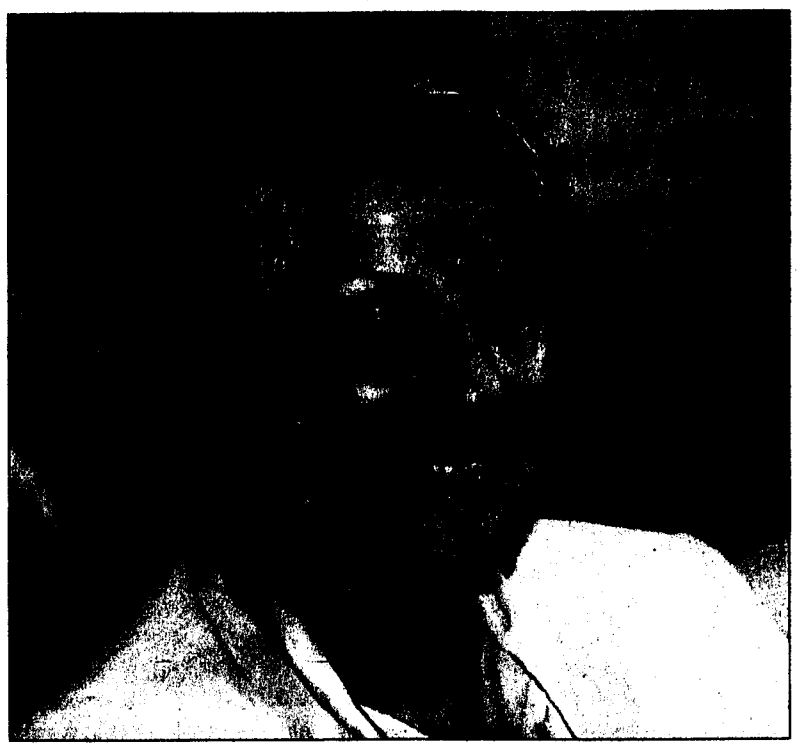
Ausgenommen von der Notifikationspflicht sind unter anderem Vorschriften, die ausschliesslich der Umsetzung von EWR-Rechtsakten dienen. Im Bereich der Dienste der Informationsgesellschaft beziehen sich die Ausnahmen auf Bereiche, die bereits durch EWR-Rechtsakte abgedeckt sind, so z.B. durch die Richtlinie für Telekommunikationsdienste. (mr)

Gegen Marktmissbrauch

VADUZ – Der Landtag hat gestern einem weiteren Beschluss des gemeinsamen EWR-Ausschusses zugestimmt. Die entsprechende EG-Richtlinie enthält Umsetzungsrichtlinien und Ergänzungen, die gewährleisten sollen, dass die Marktmissbrauchsrichtlinie ihre Ziele erreicht. Dies sind: grössere Marktintegrität, Beitrag zur Harmonisierung der Vorschriften gegen Marktmissbrauch in ganz Europa und Einführung von Transparenz und Gleichbehandlung der Marktteilnehmer.

Landtagsvizepräsid Ivo Klein (VU) äusserte allgemein Bedenken über die zunehmende Marktregulierung des Finanzplatzes seitens der EU. Die Umsetzung führe zwar laut den Ausführungen der Regierung nicht zu einem finanziellen oder personellen Mehr in der Verwaltung. Für die Marktteilnehmer aber gelte dies mit Sicherheit nicht. Bei der Übernahme von Richtlinien müsste aus seiner Sicht viel mehr noch der Kosten/Nutzen-Aspekt berücksichtigt werden und in den vorgelegten Berichten auch Erläuterung finden. Regierungschef Otmar Hasler stimmte den Äusserungen Kleins zu. Eine Einflussnahme auf die Reglungsflut der EU habe man jedoch im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft nur beschränkt. Und schliesslich profitiere der Finanzplatz Liechtenstein auch von grenzübergreifenden Regelungen, gab Hasler zu bedenken. (mr)

ANZEIGE
JOSEPH WOHLWEND TREUHAND AG VADUZ



«Es muss für alle gelten: Wehret den Anfängen!» Doris Frommelt (FBP).

«Keine gravierenden Vorkommnisse festgestellt»: Franz Heeb (FBP).

Wehret den Anfängen

Landtagsdebatte über den Bericht der Unabhängigen Historikerkommission

VADUZ – Seitens aller drei Fraktionen wurde gestern im Landtag mit Genugtuung festgestellt, dass im äusserst fundierten Bericht der Unabhängigen Historikerkommission zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg «keine gravierenden Vorkommnisse festgestellt worden sind» (Zitat Franz Heeb, FBP). Mehrfach wurde darauf hingewiesen, aus dieser Vergangenheit zu lernen und hellhörig zu sein gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

• Martin Frommelt

Alois Beck (FBP) rief noch einmal in Erinnerung, wie es zu dieser historischen Untersuchung gekommen ist: «Der unmittelbare Auslöser des Interesses an Fragen zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg war ein Interview mit Elan Steinberg vom Generalsekretariat des World Jewish Congress im deutschen Nachrichtenmagazin ‹Der Spiegel› vom 24. Juli 2000». Mit Befriedigung stellte Beck fest, dass sich die seinerzeit gemachten Anschuldigungen nicht bestätigt haben, die angekündigten dokumentarischen «Beweise» seien ausgeblieben.

Die richtigen Lehren ziehen

Liechtenstein müsse seine Verantwortung nicht nur gegenüber diesem Kapitel der Geschichte wahrnehmen, sondern auch für die Zukunft, betonte Beck: «Neben dem Wissen um die Geschichte gilt es also auch die notwendigen Lehren daraus zu ziehen.» Alois Beck: «Zu den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und zum Holocaust kann es kein Vergessen und keine Relativierung geben. Die Bildung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf die Gefahren des Antisemitismus, aber auch des Rassismus sowie der Fremdenfeindlichkeit ist ein wichtiges Anliegen.» Abschliessend sprach Beck einen grossen Dank aus: Der Unabhängigen Historikerkommission unter dem Vorsitz von Peter Geiger «für die umfassende wissenschaftliche und kompetente Aufarbeitung» und der Regierung «für ihr umsichtiges und verantwortungsvolles Vorgehen». «Schliesslich müssen auch alle übrigen Personen und Institutionen, welche die historische Untersuchung direkt oder indirekt unterstützt haben, lobend erwähnt werden», so Beck.

Gut investiertes Geld

Günther Kranz (VU) sagte, die Vergangenheit müsse «bewältigt sein, wenn für die Zukunft ein fruchtbarer Boden vorhanden sein soll». Ausdrücklich betonte Kranz, dass sich die vom Landtag für diese Untersuchungen gesprochenen insgesamt 3,5 Mio. Franken gelohnt haben: «Dieses Geld war, davon bin ich überzeugt, richtig investiert.» Die Arbeit der Historikerkommission habe sich mehr als gelohnt, so Kranz: Die gemachten Halbwahrheiten und Verdächtigungen hätten sich als nicht zutreffend erwiesen; «Die Vermutungen und Verleumdungen konnten zurückgewiesen und entkräftet werden».

Gründliche Arbeit

Peter Lampert (FBP) bemerkte, dass man rückblickend eigentlich froh sein müsse, um die seinerzeit gemachten Anschuldigungen seitens des Jüdischen Weltkongresses: «Ohne diese Anschuldigung, die er nie beweisen konnte, hätten wir unsere Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges wohl kaum untersucht. Jetzt aber liegt die Arbeit einer Historikerkommission vor, die gründlich im Inland und im Ausland alles untersuchte.»

«Hellhörig und sensibel sein»

Kurz und prägnant brachte es Pepo Frick (FL) auf den Punkt: Die Aufarbeitung dieses Kapitels «lag im ureigenen Interesse des liechtensteinischen Staates und seiner Bevölkerung». Frick teilte das von der Regierung geäusserte Lob für die Arbeit der Kommission «uneingeschränkt». Wie der Schaaner FL-Abgeordnete sagte, spüre er auch heute «wieder ein periodisches Aufflammen von rassistischem Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit. Es sei Aufgabe aller, hier hellhörig und sensibel zu bleiben und mit Zivilcourage gegen solche Tendenzen einzustehen, so Pepo Frick.

«Wehret den Anfängen!»

Ähnlich wie Frick äusserte sich auch Doris Frommelt (FBP). Es sei «äusserst wichtig und gut, dass wir uns mit diesem Teil der Geschichte intensiv befasst haben». Das Land Liechtenstein habe durch diese umfassenden Abklärungen «an Glaubwürdigkeit gewonnen». Im Grossen und Ganzen könne man mit dem Verhalten der seinerzeitigen Generation zufrieden sein. Doris Frommelt nahm den Bericht zum Anlass, an alle Mitmenschen zu appellieren, «sensibel und hellhörig auf alle Anzeichen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu achten und diese im Keime zu ersticken». Sie begrüsse es auch sehr, dass dieser dunkle Teil der Geschichte im Lehrplan verankert und an den Schulen behandelt wird. Doris Frommelt abschliessend: «Es muss für alle gelten: Wehret den Anfängen!»

Nichts Gravierendes

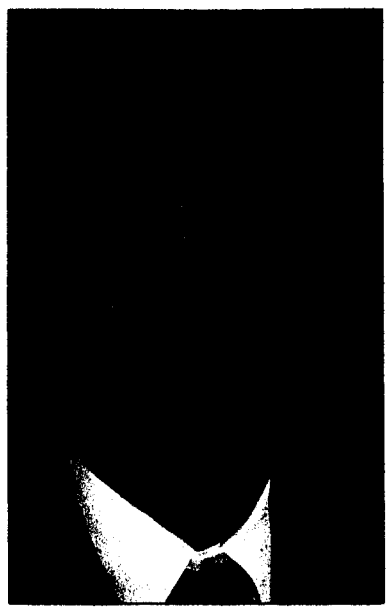
Franz Heeb (FBP) sagte, Liechtenstein könne heute dankbar sein, dass eine solch gründliche Untersuchung zur NS-Zeit durchgeführt wurde. Mit Befriedigung stellte Heeb fest, dass «keine gravierenden Vorkommnisse festgestellt worden sind». Es gehe «nicht nur um die Bewusstseinsbildung im Inland, sondern auch um die Imagebildung im Ausland, so der Gampriner Abgeordnete: «Es geht vor allem auch darum, Vorurteile bei internationalen Organisationen zu entkräften und ein objektives und differenziertes Bild von der Geschichte unseres Landes zu vermitteln.» Die Schlussfolgerungen des Berichtes entbinden uns nach Aussage von Franz Heeb nicht von der Verantwortung gegenüber unserer eigenen Geschichte: «Lernen wir aus der Geschichte und richten wir deshalb auch den Blick von der Vergangenheit in die Zukunft. Nicht durch Verdrängung, sondern durch die Aufarbeitung und Bewusstmachung unserer Geschichte können wir unser Land auch künftig vor Fehlentwicklungen schützen.»

Deutsch für Fremdsprachige

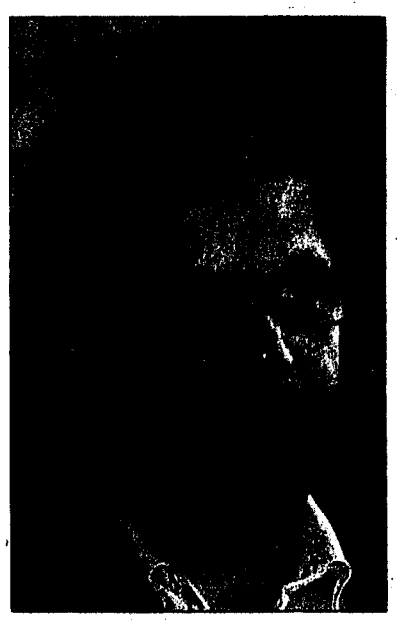
Auch Marlies Amann-Marxer (VU) vermerkte mit Genugtuung, dass Liechtenstein im Sinne der geäusserten Vorwürfe nicht schuldig sei. Sie begrüsste es, dass die Regierung die Wichtigkeit der Prävention erkannt und «die richtigen Lehren aus diesem Bericht gezogen hat». Als weitere Massnahme zu den von der Regierung vorgeschlagenen Bemühungen einer besseren Integration in Liechtenstein regte Amann-Marxer an, die Regierung wolle die Einführung von Deutschunterricht für fremdsprachige Eltern prüfen.

Gedenkstein angeregt

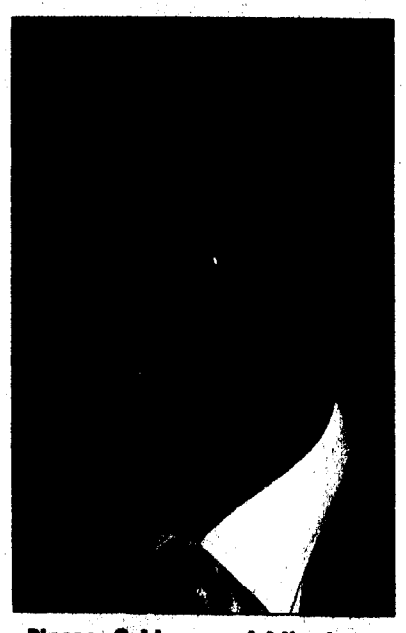
Nach Einschätzung von Paul Vogt (FL) ist der Bericht in einigen Punkten «zurückhaltend formuliert». Beispielsweise hätten es die an der Grenze abgewiesenen Flüchtlinge «mehr als verdient» gehabt, wenn etwas mehr über ihr Schicksal gesagt worden wäre; «Liechtenstein hätte für diese Flüchtlinge mehr tun können und sollen». Er unterstütze «sämtliche von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen», hielt Vogt fest und regte zusätzlich an, einen Gedenkstein an der Grenze zu Vorarlberg zu errichten, durch den an die zurückgewiesenen Flüchtlinge erinnert werden soll.



Anschuldigungen haben sich nicht bestätigt: Peter Lampert (FBP)



Regte Gedenkstein zur Erinnerung an Flüchtlinge an: Paul Vogt (FL).



«Dieses Geld war richtig investiert»: Günther Kranz (VU).